iv POSITIONEN
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
JULI 2024

SOS-WOHLSTAND

Diese Maßnahmen bringen den Industriestandort wieder auf Kurs

SAG'S MULTI
Redewettbewerb fördert Mehrsprachigkeit
Seite 4

KÄRNTEN
Timo Springer: Präsident der IV-Kärnten wiedergewählt
Seite 10

WU-LEHRVERANSTALTUNG
Interessenvertretung im Wirtschaftsrecht
Seite 8

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Erwachsenenbildung als Schlüssel zum Erfolg

Die Industriellenvereinigung hat im Rahmen ihres Bildungsprogramms „Beste Bildung“ erstmals ein Konzept zur Erwachsenenbildung vorgelegt.

Die Arbeitswelt befindet sich im ständigen Wandel, angetrieben durch technologische Fortschritte und gesellschaftliche Veränderungen. In diesem Kontext gewinnt die betriebliche Erwachsenenbildung zunehmend an Bedeutung. Die Industrie leistet in diesem Zusammenhang bereits – trotz sehr herausfordernder Rahmenbedingungen – sehr viel und investiert jährlich über eine Milliarde Euro in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Industriellenvereinigung hat daher im Rahmen ihres Bildungsprogramms „Beste Bildung“ erstmals ein Konzept zur Erwachsenenbildung vorgelegt. Die kürzlich veröffentlichte Umfrage der Plattform Erwachsenenbildung, die am Tag der Weiterbildung präsentiert wurde, bietet Anlass, diese Forderungen mit konkreten Zahlen zu untermauern.

Die Umfrage zeigt, dass 68 Prozent der Unternehmen einen steigenden Bedarf an beruflicher Weiterbildung sehen. Besonders die Digitalisierung und die Energiewende erfordern kontinuierliche Anpassung und Weiterentwicklung der Fähigkeiten. Dies unterstreicht die Forderung der IV, dass Weiterbildung nicht nur reaktiv auf Arbeitslosigkeit erfolgen soll, sondern kontinuierlich während der Erwerbstätigkeit verankert werden muss.

Förderdschungel

Die Umfrage ergab außerdem, dass 42 Prozent der Unternehmen Schwierigkeiten haben, sich im komplexen Finanzierungsdschungel zurechtzufinden. Es gibt etwa 350 verschiedene Förderungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung in Österreich. Diese Vielfalt führt zu Intransparenz und Ineffizienz. Die Industriellenvereinigung fordert daher klare und transparente Rahmenbedingungen, um die Bildungsförderungen zu vereinfachen und zugänglicher zu machen. Eine zentrale Maßnahme in diesem Kontext ist die Einführung eines Bildungskontos, wie von der Europäischen Kommission empfohlen.

Es ist Zeit, die Ergebnisse dieser Umfrage ernst zu nehmen und die Industrie in ihren Bemühungen zur Förderung der Erwachsenenbildung zu unterstützen, um den zukünftigen Erfolg und die Anpassungsfähigkeit unserer Arbeitskräfte und des Wirtschaftsstandortes abzusichern.

Faires Rekrutieren – eine Selbstverständlichkeit?

Innovative Rekrutierungskonzepte und nachhaltige Vermittlungen für mehr internationale Fachkräfte.

Rekrutieren, „ethisch“ oder fair, kann für österreichische Unternehmen zum entscheidenden Vorteil im globalen Wettbewerb um Fachkräfte werden. So berichten seriöse Vermittlungsunternehmen, z. B. in Ländern Südamerikas, von verantwortlichen Regierungsstellen gefragt zu werden, ob sie Menschenhandel betreiben und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse unterstützen würden. Österreich hat die Rekrutierung in Drittstaaten vergleichsweise spät in Angriff genommen, scheint nun aber klug an das Thema heranzugehen. Laut verantwortlichen Stellen wird das Fachkräfteabkommen mit den Philippinen vom Herbst 2023 als Blaupause für zukünftige bilaterale Vereinbarungen angesehen – u. a., weil ethischen Standards darin ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Ausbildung vor der Einreise

Österreichs Industrie kann mit ihrer globalen Ausrichtung und ihren hohen Standards einen großen Beitrag zum Aufbau von Rekrutierungsnetzwerken außerhalb Europas leisten. Die Industriellenvereinigung initiierte im vergangenen Jahr z. B. gemeinsam mit der WKO und der International Organisation for Migration (IOM) das Projekt, die Machbarkeit von Skills Mobilitätspartnerschaften (SMPs) auszuloten. SMPs sind ein innovatives Rekrutierungskonzept mit expliziten Vorteilen für Herkunfts- und Zielland. Ausbildung, zum Teil schon vor der Einreise, spielt dabei eine zentrale Rolle. Nicht nur hat das Projekt in Österreich entsprechende Kooperationsvorhaben angeregt, sondern auch ein hochwertiges Netzwerk österreichischer Stakeholder im sonst so zerklüfteten Migrationsbereich und unter Einbindung von Industrie und Wirtschaft entstehen lassen.

Faire Vermittlungen

Dieses zu festigen und auszubauen ist Ziel einer Reihe von Veranstaltungen, zuletzt Mitte Juni zu „Chancen der fairen und nachhaltigen Vermittlung von internationalen Fachkräften“ im Haus der Industrie. Konsequent weiterverfolgt können Initiativen wie diese dazu beitragen, die für die Sicherung des österreichischen Standorts und Auslandsniederlassungen dringend benötigten Arbeitskräfte zu gewinnen.

Redewettbewerb „Sag’s Multi“ fördert Mehrsprachigkeit

Von Portugiesisch bis Mandarin: Sag’s Multi fördert seit 15 Jahren Sprachenvielfalt und junge Redetalente.

So beschreibt die 16-jährige Zumin Jost in ihrer ausgezeichneten Rede im Rahmen des Wettbewerbs die Beziehungen zwischen Europa und China: “Wenn morgen in China ein Sack Reis umfällt, dann rollen uns hier die Reiskörner vor die Füße und wir rutschen auf ihnen aus.“ Bei dem Redewettbewerb wird über gesellschaftlich und politisch wichtige Themen referiert – auf Deutsch in Abwechslung mit einer weiteren Sprache.

Mehrsprachigkeit hat persönliche, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile. Kinder, die mehrsprachig aufwachsen und ihre Erstsprache aktiv nutzen können, integrieren sich leichter in verschiedenen sozialen Umgebungen. Für die exportorientierte österreichische Wirtschaft ist Sprachenvielfalt eine wertvolle Ressource.

IV-Bereichsleiterin Gudrun Feucht überreichte die Preise.

Potenziale richtig ausschöpfen

Es gibt auch Herausforderungen. Kinder, die ihre Erstsprache nicht vollständig entwickeln können, haben oft Schwierigkeiten, sich klar auszudrücken. Hinzu kommt die zusätzliche Belastung, wenn aufgrund der Erstsprache Diskriminierung erlebt wird.

WEBTIPP

Weiterführende Informationen:
sagsmulti.orf.at

NOTWENDIGE MASSNAHMEN, UM DAS POTENZIAL DER MEHRSPRACHIGKEIT AUSZUSCHÖPFEN SIND AUS SICHT DER IV:

- Größerer Wertschätzung für Mehrsprachigkeit. Kinder, deren Erstsprache in der Schule gefördert wird, entwickeln ein höheres Selbstwertgefühl und eine stärkere Lernmotivation.
- Mehr Fort- und Weiterbildung in sprachlicher Bildung, Mehrsprachigkeit und Kulturreflexion: Kompetenzen in Mehrsprachigkeit und kulturreflexiver Pädagogik werden zunehmend zu Kernanforderungen an das moderne Lehrpersonal.
- Eine Kampagne zur Anwerbung von mehrsprachigen Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationserfahrung, um in der Schule gelebte Mehrsprachigkeit zu fördern.

Foto: Roman Zach-Kiesling

Wir müssen am Weltmarkt wieder in der Topliga mitspielen können!

Österreich steht als Standort unter Druck, die Aussichten sind trübe. Da braucht es in der nächsten Legislaturperiode – neben der Reduktion des Kosten- und Bürokratiedrucks – strukturelle Reformen, um Wachstumschancen nutzen zu können, wenn die Konjunktur wieder anzieht.

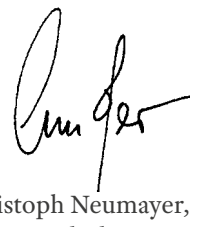
Aus der Rezession ins Nullwachstum: Die wirtschaftlichen Aussichten, die Wifo und IHS für Österreich erwarten, sind auch heuer nicht die besten. Nach dem Krisenmanagement sind nun (nicht nur in Österreich) Strukturreformen (über-)fällig, um die hohen Schuldenberge wieder abzubauen. Gleichzeitig müssen wir alles tun, um alle Wachstumschancen ergreifen zu können, wenn die Konjunkturlokomotive ihr Tempo wieder erhöht. Derzeit sieht es dafür nicht berauschend aus. Im Ranking der wettbewerbsfähigsten Länder ist Österreich erneut abgerutscht und befindet sich nunmehr auf Platz 26 von 67 Ländern, die vom Schweizer IMD untersucht wurden. 2007 lagen wir noch auf einem guten Platz elf.

Besonders auffällig schlecht schneidet Österreich im IMD-Ranking im Punkt Steuern ab – Platz 64 von 67. Österreich ist ein Hochsteuerland mit einer überdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenquote von 43,1 Prozent der Wirtschaftsleistung (Statistik Austria). Die Abschaffung der Kalten Progression war ein Meilenstein, viele Strukturreformen harren allerdings noch immer der Umsetzung. Gleichzeitig setzen Unternehmen die erheblich gestiegenen Kosten für Energie und Arbeit sowie drastisch zunehmende bürokratische Belastungen zu. Was es jetzt braucht, sind Maßnahmen, die den Faktor Arbeit entlasten und den Wirtschaftsstandort stärken. Es gilt vor allem, die Arbeitszusatzkosten deutlich zu senken, damit der Druck auf Arbeitsplätze in der Industrie gemildert wird. Nur damit es nochmals gesagt wird: Wer in diesem Umfeld neue Steuern einführen will, versündigt sich an der Zukunft dieses Landes. Und mit den durch die Gewerkschaften völlig überzogenen Lohnforderungen und durchgesetzten -steigerungen muss Schluss sein. Wir haben uns bei den Lohnstückkostenentwicklungen völlig der Wettbewerbsfähigkeit beraubt.

Der Anspruch der Exportnation Österreich muss es sein, am Weltmarkt mit unseren innovativen und hochqualitativen Produkten in der Topliga mitzuspielen – um dies weiter tun zu können, muss aber das Preis-Leistungs-Verhältnis des Standorts stimmen. In diesem Sinne ist die aktuelle und nächste Bundesregierung übrigens gut beraten, sich der Problematik des auslaufenden Transitvertrags für russisches Gas durch die Ukraine mit Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit zu widmen. Daran, dass die Preise kräftig steigen werden, wenn unsere bisherige Hauptquelle für Gaslieferungen von einem Tag auf den anderen nicht mehr verfügbar ist, kann wohl niemand ernsthaft zweifeln. Sich jetzt zurückzulehnen, weil es sich „schon irgendwie ausgehen wird“ mit der Gasversorgung, ist ein völlig falscher Ansatz, der Österreich sehenden Auges in die nächste Energiekrise stürzen könnte.

Österreich wird mehr Gas und das zu wettbewerbsfähigen Preisen brauchen, wenn das Wirtschaftswachstum nächstes Jahr zurückkehrt. Verantwortungsvoller Politik ist klar, dass unser Wohlstand und unsere sozialen Leistungen direkte Folge unserer Wettbewerbsfähigkeit sind. Wir müssen unseren Unternehmen den Rahmen geben, dass sie aus Österreich heraus auf den Weltmärkten weiter erfolgreich sein können.

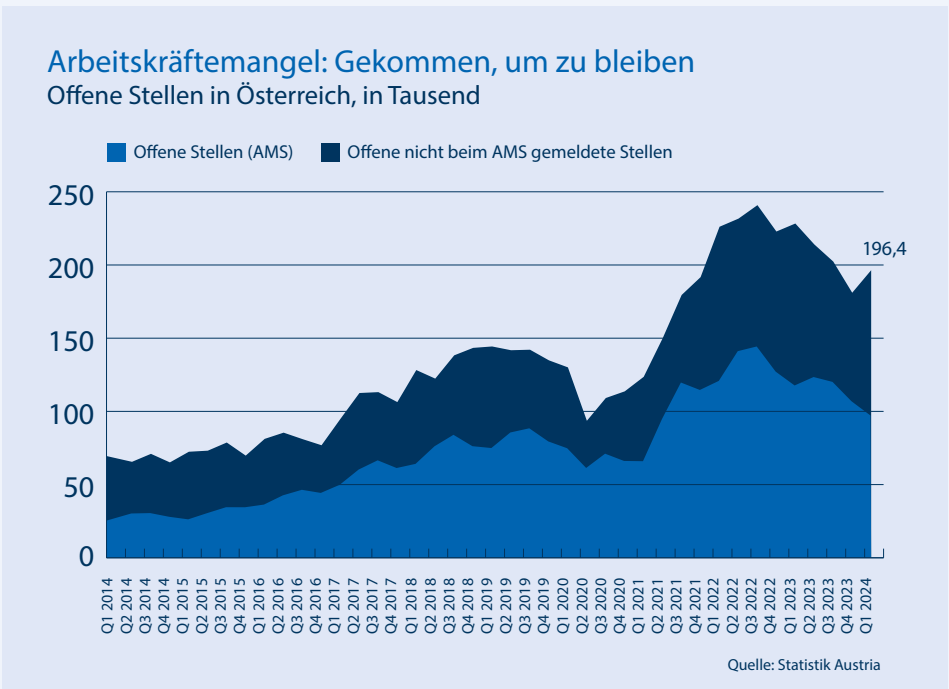
Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Knapp 200.000 offene Stellen verzeichnete Österreich im ersten Quartal 2024. Das sind fast dreimal so viele wie noch vor zehn Jahren. Der heimische Arbeitskräftemangel ist gekommen, um zu bleiben. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft und sinkende Erwerbsbevölkerung wird auch in Zukunft Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben. Bis 2050 werden in Österreich eine Million Menschen mehr über 65 Jahre alt sein als noch im Jahr 2021, wie aus Zahlen der Statistik Austria hervorgeht. Im gleichen Zeitraum sinkt die Zahl erwerbsfähiger Personen (20 bis 65 Jahre) um rund 200.000. Lösungen für diese Problematik wären einerseits eine Mobilisierung bestehender Arbeitskräftepotenziale im Bereich älterer Arbeitnehmer, Teilzeitbeschäftigter und Frauen sowie die Forcierung qualifizierter Zuwanderung. Ein interessanter Nebenaspekt: Nur knapp die Hälfte aller offenen Stellen in Unternehmen werden aktuell dem AMS gemeldet.



Zahl des Monats

4,15 Mrd. Euro

Das ist jene Summe, die im Jahr 2024 für die seit 2008 beschlossenen „Wahlzuckerl“ anfällt. Diese entspricht in etwa den aktuellen Ausgaben für Klima, Umwelt und Energie bzw. jenen für das österreichische Bundesheer.

Besonders spendabel zeigten sich die Parlamentsparteien dabei, wenn es ein sogenanntes „freies Spiel der Kräfte“ gab. In den Jahren 2008, 2017 und 2019 wurden signifikant mehr budgetwirksame Beschlüsse vor den betreffenden Wahlterminen gefasst als im Wahljahr 2013, in dem die Regierungskoalition zum letzten Mal bis zum Schluss hielt. Die bei Weitem häufigsten Sonderausgaben wurden im Bereich der Pensionen beschlossen.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Christian Zoll. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Sabine Till.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Europa-Forum Wachau/Josef Bollwein, IV-OÖ/Roland Pelzl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Kanizaj, IV-Tirol/Fettinger, IV-Vorarlberg/Aurelian Böhler, IV-Wien/Alexander Müller

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: Philipp Horak

Neue Vorsitzende in IV-Ausschüssen und Aktienforums-Präsidentin

Georg Feith

Georg Feith ist neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Feith ist seit mehr als 30 Jahren in der Industriegruppe CAG Holding tätig, seit 2017 auch in der Geschäftsführung der Gruppe. Im Ausschuss geht es um Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft und den Beitrag der Industrie zu ihrer Bewältigung. „Es ist mir ein Anliegen, dringend notwendige Konzepte zu entwickeln, wie Österreich aus einer Versorgungsmentalität wieder zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft zurückfinden kann – von sozialstaatlichen Einrichtungen bis hin zum Pensionssystem“, so Feith.

Angelika Sommer-Hemetsberger

Angelika Sommer-Hemetsberger, Vorstandsmitglied der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) folgt nach 14 Jahren Robert Ottel als Aktienforum-Präsident nach. Weiters wurde der Vorstand mit Gerald Mayer, Vorstand der voestalpine AG, Claudia Trampitsch, Vorstand AMAG Austria Metall AG und Gerald Weber, Vorstand der Wiener Städtischen Versicherung, nachbesetzt. Einen Fokus ihrer Präsidentschaft wird Sommer-Hemetsberger unter anderem auf die Themen Vorsorge und Finanzbildung legen. Das Aktienforum ist die Interessenvertretung der heimischen börsennotierten Unternehmen und setzt sich für einen starken österreichischen Kapitalmarkt ein.

Gerald Mayer

Gerald Mayer ist neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Steuerpolitik und Kapitalmarktfragen. Mayer ist seit April CFO der voestalpine AG. Davor war er CFO der AMAG, deren Vorstandsvorsitz (CEO) er von 2019 bis 2023 bekleidete. Der Ausschuss legt als beratendes Gremium des Präsidiums die grundlegende Linie der IV in steuer- und kapitalmarktpolitischen Fragen fest. Mitglieder des Ausschusses sind CFOs und Leiter der Finanz- oder Steuerabteilungen der Mitgliedsunternehmen. Zu den Ausschusssitzungen, die regulär fünfmal im Jahr tagen, werden hochkarätige Gäste aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft eingeladen.

Peter Unterkofler

Peter Unterkofler ist seit Juni 2024 neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Rechtspolitik. Unterkofler ist Geschäftsführer von Jacoby GM Pharma und seit 2016 Präsident der IV Salzburg. Der Ausschuss beschäftigt sich mit diversen rechtlichen und rechtspolitischen Themen. Als ausgebildeter Jurist leitet Unterkofler nun den Ausschuss, der eine Diskussions- und Meinungsbildungsplattform für Juristen (Rechtsabteilungen, Geschäftsleitungen) aus Mitgliedsunternehmen darstellt. Zu den Sitzungen werden regelmäßig interessante Gesprächspartner aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft eingeladen, um aktuelle Rechtsthemen zu diskutieren.

Martin Hagleitner

Martin Hagleitner ist neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Ressourcen, Energie und Ökologie. Hagleitner ist seit 2010 CEO der Austria Email AG und verantwortet seit 2018 zusätzlich die Konzernleitung der französischen Groupe Atlantic für den DACH-Raum. „Die Zukunft des Industriestandortes und damit auch des Wohlstandes in unserem Land hängt entscheidend davon ab, ob Energie und Rohstoffe zu konkurrenzfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Kaum woanders auf der Welt werden energieintensive Güter klimafreundlicher und umweltschonender hergestellt als in Österreich, und unsere Green-Tech-Produkte tragen global zur Ökologisierung bei.“

Digital Skills am Standort forcieren

Auf der Veranstaltung „IT-Industrie: Skills & Cooperation“ wurde diskutiert, wie mehr hoch qualifizierte IT-Experts ausgebildet werden und Frauen und Kinder stärker für MINT begeistert werden können.

Bei der Veranstaltung zu „Skills & Cooperation“ im Haus der Industrie lag der Fokus vor rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Sicherung des Tech-Nachwuchses für den Industriestandort sowie den Potenzialen von Kooperationen zwischen dem IT-Bereich und Unternehmen aus dem produzierenden Sektor.

IV-Präsident Georg Knill betonte in seiner Eröffnung die Bedeutung der IT-Branche für den Wirtschaftsstandort und unterstrich, dass die digitale Transformation Chancen und Herausforderungen, wie den stetig wachsenden Bedarf an digitalen Fähigkeiten und Talenten, mit sich bringt. Zudem setzen bislang erst acht Prozent der österreichischen Betriebe KI-Lösungen in der Produktion ein und nur zwei bis drei Prozent der österreichischen Unternehmen konnten den höchsten digitalen Reifegrad erreichen. Um die Chancen der Digitalisierung voll auszuschöpfen, muss Österreich den digitalen Reifegrad in der Industrie erhöhen.

Stefan Mangard hielt die Keynote auf der Veranstaltung zur IT-Industrie.

Heidrun Strohmeyer, Koordinatorin der Digitalen Kompetenzoffensive im BKA, erläuterte in ihrem Impulsstatement, welche Maßnahmen gesetzt werden, um digitale Basiskompetenzen in der Bevölkerung zu verbessern und die Zahl der IT-Experts zu erhöhen.

In seiner Keynote appellierte Professor Stefan Mangard von der Technischen Universität Graz, eindringlich, dass Österreich mehr IT-Talente und -Experts braucht, um am Standort technologische Innovationen voranzutreiben sowie neue IT-Systeme und die Produkte der Zukunft zu entwickeln. Um den Talent-Gap im IT- und Cybersecurity-Bereich zu adressieren, sind enorme Investitionen, groß angelegte Initiativen sowie die Stärkung der IT-Ausbildung, von der Schule bis zur Universität, erforderlich.

Im Rahmen des Panels diskutierten Professor Mangard, Maria Kirschner (Kyndryl Alps), Georg Krause (msg Plaut), Andreas Gschwenter (Raiffeisen & École 42) und Viktor Sigl (KTM) die Auswirkungen des Fachkräftemangels auf die Industrie und wie es gelingen kann, den IT-Talentepool in Österreich zu vergrößern. Dafür sind besonders neue Formate, wie die Programmierschule École 42 oder Gamification-Ansätze in der Ausbildung, ebenso wie Re- und Upskilling in den Unternehmen und Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, von hoher Bedeutung. Essenziell ist auch, vermehrt Frauen für technische Ausbildungen und Berufe anzusprechen und Kinder früher und intensiver mit MINT in Berührung zu bringen.

Fotos: Kurier/Jeff Mangione (Feith); IV/Matanovic (Sommer-Hemetsberger); Andreas Hofer (Mayer); Andreas Kolarik (Unterkofler); Austria Email AG/APA-Fotoservice (Hagleitner), IV/Matanovic

„Europa braucht starke Innovationskraft“

Sabine Herlitschka ist Vizepräsidentin der IV und Vorstandsvorsitzende von Infineon Austria

Warum braucht es im Bereich Forschung und Innovation mehr Investitionen?
Sabine Herlitschka: Wettbewerbsfähigkeit im globalen Zusammenspiel hängt in hohem Maße von Forschung, Technologieentwicklung und Innovation ab. Allerdings verliert Europa an globaler Wettbewerbsfähigkeit. Es hinkt hinterher bei Kapitalinvestitionen, Produktivitätswachstum sowie Forschung und Entwicklung in etlichen der hoch relevanten Themenfeldern wie der künstlichen Intelligenz. Und – als Europa befinden wir uns in einem massiven Technologie-Wettbewerb mit Auswirkungen auf globale Märkte – nicht zuletzt durch ungleiche Rahmenbedingungen. Zusätzlich sind die Unternehmen in Österreich mit enormen Belastungen konfrontiert: hohe Lohnkosten, Energiekosten und vergleichsweise hohe Steuern. Ein starkes Europa muss strategisch, vor allem aber offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investieren, damit wir als Europäer mit unserer wissenschaftlichen Exzellenz, Technologiekompetenz und -führerschaft auf den globalen Märkten erfolgreich sein können. Nur so wird es gelingen, die „Twin Transformation“, also Digitalisierung und Ökologisierung voranzutreiben und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen.

Was hat die Europäische Union diesbezüglich bereits geleistet, was braucht es in Zukunft?
Die EU hat in den vergangenen Jahren wichtige und richtige Zielsetzungen und Maßnahmen gesetzt. Bei der Umsetzung und Geschwindigkeit gibt es allerdings deutlichen Verbesserungsbedarf. Das EU-Forschungsquotenziel von drei Prozent wurde erneuert, aktuell steht man allerdings bei 2,2 Prozent bzw. 352 Mrd. Euro pro Jahr. 2021 wurden wir von China überholt und sind weit weg von den USA. Zukunftsgerichtete Maßnahmen zur Stärkung von F&E und Produktion sind nach wie vor zu wenig in den EU-Budgets enthalten. In Zukunftsbereichen darf nicht der Sparstift angesetzt werden. Das steht in keinem Widerspruch zu Investitionen in Sicherheitsthemen, die voraussichtlich von zentraler Relevanz im EU-Budget sein werden.

Über das künftige EU-Forschungsrahmenprogramm FP10 wird bereits jetzt diskutiert. Welche Rolle spielt es für die EU und die Mitgliedstaaten?
Das EU-Forschungsrahmenprogramm ist das größte transnationale, kooperative Forschungsförderungsprogramm der Welt. Es hat nicht nur für ganz Europa, sondern insbesondere für uns in Österreich hohe strategische Relevanz und hat dazu geführt, dass Lösungen für große Fragestellungen im Energiesystem, in der Mobilität, Gesundheit oder Sicherheit erarbeitet werden konnten. Die Förderung von strategischer F&E-Zusammenarbeit über die Grenzen der einzelnen Mitgliedstaaten sowie ein starker Binnenmarkt sind essenziell, um Kompetenzen in Schlüsseltechnologien zu stärken, robuste Wertschöpfungsketten aufzubauen und schlussendlich unseren Wohlstand auch für die Zukunft sichern zu können. Neben Zugang zu Know-how und Kompetenzen ist Österreich auch finanziell Profiteur des EU-Forschungsrahmenprogramms. Wir sind hier Nettoempfänger, bekommen also mehr zurück, als wir einzahlen. Im laufenden EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe haben österreichische Forschungsakteure, von Universitäten über Forschungseinrichtungen bis hin zu forschungsaffinen Unternehmen, schon bisher rund eine Milliarde Euro eingeworben.

Wo sehen Sie nun Handlungsbedarf, was sind die „next steps“?
Die österreichische Industrie muss den klaren Anspruch haben, Europa stark mitzugestalten. Daher haben wir die Task Force der Industriellenvereinigung zur strategischen Gestaltung der europäischen FTI-Politik, bei der ich den Vorsitz übernommen habe, auch neu aufgesetzt. Jetzt gilt es, unsere Erfordernisse als österreichische Industrie vorausschauend und deutlich in den Vorbereitungsprozess des neuen Forschungsrahmenprogramms einzubringen. Erster Punkt ist ein ambitioniertes Budget von zumindest 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche. Dieses neue Forschungsrahmenprogramm wird zwar erst 2028 starten, aber die Positionen von sämtlichen Akteuren entstehen in den nächsten Monaten und werden in einem komplexen Verhandlungsprozess zusammengeführt. Hier sind wir alle gemeinsam als FTI-Community gefordert!

Mit MINT beginnt die Reise in die Zukunft

Jede zehnte Schule in Österreich ist bereits mit dem MINT-Gütesiegel ausgezeichnet und begeistert die Jugend für Zukunftskompetenzen. Das Unternehmensschuljahr der MINTality-Stiftung macht insbesondere Mädchen Mut und Lust auf Technik.

Am 10. Juni erstrahlte der große Festsaal im Haus der Industrie wieder ganz in der Farbe Mint. Denn Bildungsminister Martin Polaschek, Vize-Generalsekretär der IV Peter Koren, Vizerektor der Pädagogischen Hochschule Wien Norbert Kraker und der Präsident der Wissensfabrik Österreich, Klaus Peter Fouquet, überreichten das begehrte „MINT-Gütesiegel 2024–2027“ an 117 neue Bildungseinrichtungen aus ganz Österreich, die sich durch begeisterndes Lernen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) auszeichnen.

In Summe verfügt Österreich damit bereits über 690 MINT-Kindergärten und MINT-Schulen. Sie öffnen der Jugend die Tür zu Zukunftschancen und wirken mit, die Wissenschaftsskepsis abzubauen und den Fachkräftemangel im Innovationsbereich zu bekämpfen. Die rund 250 Festgäste der diesjährigen MINT-Gala zeigten sich besonders beeindruckt von Franz Viehböck, dem CEO der Berndorf AG, der seine Faszination für das MINT-Thema Weltraum mit dem Publikum teilte.

Auch die MINTality Fair in der Stadthalle Ybbs an der Donau stand Ende Mai ganz im Zeichen von Naturwissenschaften und Technik. Die Großveranstaltung bildete das Abschlussevent des „Unternehmensschuljahres“, eine neue Initiative der MINTality Stiftung, deren Ziel es ist, Mädchen für technische Ausbildungen zu gewinnen. Das Unternehmensschuljahr stärkt nachhaltige und regionale Kooperationen zwischen Unternehmen und Mittelschulen im Laufe eines ganzen Schuljahres.

Minister Martin Polaschek (li.) und IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren (re.) überreichten die Auszeichnungen.

Die Zielsetzung von Therese Niss, Gründerin und Vorständin der MINTality Stiftung ist es, das breite Spektrum an MINT-Berufen in Österreich und weibliche MINT Role Models aus den Unternehmen vor den Vorhang zu holen. Mädchen soll damit mehr Mut für MINT gemacht werden. 250 Schüler und vor allem Schülerinnen präsentierten ihre Projekte. Bereits im nächsten Schuljahr wird die erfolgreiche Initiative deutlich ausgeweitet.

WEBTIPP
Mehr Informationen unter:
unternehmensschuljahr.mintality.at

Fotos: IV/Matanovic

Österreichs Preis-Leistungs-Verhältnis in

SOS-Wohlstand: Österreichische Unternehmen leiden unter sinkender Wettbewerbsfähigkeit, hohen
Eine Gefahr für Wohlstand und Arbeitsplätze.

Die nächste EU-Kommission und die nächste österreichische Bundesregierung werden vor großen Herausforderungen stehen. Europa kommt nur träge in die Wachstumsphase, in Österreich stellt man sich heuer gar auf Nullwachstum ein. Die Europäische Union ist durch Krisen und Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft in ihrer Rolle am Parkett der Weltmächte geschwächt und in kritischen Bereichen wie Gas, Rohstoffe und Komponenten für die Energiewende abhängig von Ländern wie Russland oder China. Österreich muss an seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit arbeiten. Der Verkauf österreichischer Produkte und Dienstleistungen im Ausland brachte dem Land 2023 rund 201 Milliarden Euro ein. Der Export sichert mehr als eine Million Arbeitsplätze in Österreich und stemmt mehr als 40 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes. Der Wettbewerb auf den Weltmärkten wurde für österreichische Unternehmen zuletzt aber härter – vergleichsweise hohe Energiepreise und Arbeitskosten, immer mehr Bürokratie und Schwierigkeiten, Arbeits- und Fachkräfte zu finden, schwächen ihre Position.

„Das Preis-Leistungs-Verhältnis für unseren Standort stimmt nicht mehr, während das Leistungsangebot nach wie vor stimmt – gut ausgebildete Fachkräfte, sofern verfügbar, eine hohe Forschungsquote und eine hohe Lebensqualität –, ist die Preiskomponente in den letzten Jahren drastisch gestiegen“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Eine Befragung unter Mitgliedern der Industriellenvereinigung hat ergeben, dass mit 86 Prozent eine deutliche Mehrheit der Unternehmen die hohe Steuer- und Abgabenquote Österreichs als eine der größten Standortschwächen betrachtet. Die Abgabenquote liegt in Österreich bei 43,2 Prozent der Wirtschaftsleistung und ist damit eine der höchsten innerhalb der Europäischen Union. „Das Ziel muss sein, diese Quote durch einen konsequenten Abgabenreduktionspfad bis 2030 auf 40 Prozent zu senken. Wir brauchen einen Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen“, so Knill.

Die hohen Arbeitskosten wurden von den befragten IV-Mitgliedern mit 91 Prozent als größte Standortschwäche Österreichs identifiziert. Das Land hat eine der höchsten Abgabenquoten auf Arbeit weltweit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen rund 46,8 Prozent an Abgaben. Bei der Belastung des Faktors Arbeit liegt Österreich im OECD-Vergleich an dritter Stelle. Das ist größtenteils auf die Höhe der Lohnnebenkosten zurückzuführen, die aus Sicht der IV dringend gesenkt werden müssen.

Angesichts der hohen Steuerlast sei die Einführung neuer Steuern, etwa auf Vermögen, kontraproduktiv und schon alleine die Diskussion darüber standortschädlich, findet Knill. Umgekehrt müsse man sich die Ausgabenseite genauer ansehen und lange überfällige Strukturreformen angehen. Bis 2050 wird etwa das Pensionssystem das Budget kumuliert mit einer Billion Euro belasten, wenn keine weiteren Reformen durchgeführt werden. „Eine Billion Euro, die wir in Bildung, Infrastruktur und unsere Innovationskraft investieren könnten“, sagt der IV-Präsident, und weiter: „Länder wie Dänemark, Schweden oder die Niederlande machen es bereits vor Im Vergleich zu Österreich liegt das faktische Pensionsantrittsalter deutlich höher, die Pensionsausgaben im Verhältnis zum BIP niedriger und ein Pensionsmechanismus sichert die Nachhaltigkeit.“

Ein weiterer Hemmschuh für Wachstum sind die zunehmenden bürokratischen Belastungen geworden. „Gesetzlich vorgegebene Berichtspflichten haben ein Maß erreicht, das einen massiven administrativen Aufwand verursacht, der in keiner Relation zu zusätzlichem Informations- und Transparenzgewinn steht“, sagt die neue IV-Vizepräsidentin Patricia Neumann. Damit sich Unternehmen voll auf Wachstum und Innovation konzentrieren können, brauche es dringend die von der EU angekündigte Reduktion der bürokratischen Belastung um 25 Prozent. Zudem müsse bei der Umsetzung von europäischem Recht in nationales Recht darauf geachtet werden, keine zusätzlichen Bestimmungen aufzunehmen, die noch mehr Aufwand für Unternehmen bedeuten. „Der Green Deal, das große europäische Programm für die grüne Transformation, entspricht in der bisherigen Umsetzung nicht seiner Zielsetzung, sondern ist zu einem Bürokratiemonster geworden. Es ist erfolgsentscheidend, dass durch den Green Deal nachhaltiges Handeln wirtschaftlich rentabel wird. Wir

n Schieflage

Kosten und überbordender Bürokratie.

müssen den Green Deal als technologieoffenen, wettbewerbsfähigen Industrial Deal gestalten, der durch Nachhaltigkeit Wettbewerbsfähigkeit stärkt“, so IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka.

Bei allen Herausforderungen hat der Wirtschaftsstandort Österreich aber auch deutlich sichtbare Stärken. Dazu gehört das hohe Ausbildungsniveau und die damit einhergehende hohe Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen. Auch die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation sind nach wie vor ein Standort-Plus. Das sind Bereiche, in die es sich lohnt, stärker zu investieren, um für die Zukunft gerüstet zu sein. „Es ist wichtig, dass junge Menschen das Bewusstsein entwickeln, Teil der Wirtschaft zu sein und die Fähigkeiten erlernen, sich selbstbestimmt in diesem System zu bewegen“, sagt Neumann. Die aktuellen PISA-Erhebungen zeigen allerdings, dass etwa 17 Prozent der Schülerinnen und Schülern grundlegende Kompetenzen in der Finanzbildung fehlen. Die Ergebnisse der Schuldnerberatung und Umfragen bei Jugendlichen zeigen, dass Wirtschafts- und Finanzbildung notwendig und gewünscht ist. „Wirtschaftsbildung ist auch Basis dafür, richtige Entscheidungen im Rahmen der eigenen Finanzen zu treffen und Eigenverantwortung für den eigenen Wohlstand und die eigene finanzielle Situation zu übernehmen“, betont Neumann. Herlitschka ergänzt in diesem Zusammenhang: „Seit der Covid-Pandemie hat der Staat viele Aufgaben übernommen. Wir müssen wieder zu Tugenden wie Leistung und Eigenverantwortung zurückkehren. Das sagen nicht nur wir, sondern viele unserer Mitarbeitenden sind tagtäglich stolz auf ihre Leistungen. Der Vollkasko-Staat, der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt, muss dringend reformiert und Unternehmertum wieder positiv verankert und gestärkt werden.“

Österreich stehen insgesamt in den kommenden Monaten und Jahren einige Reformen bevor, um auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig sein zu können. „Gleichzeitig braucht das exportorientierte Land aber auch eine aktive EU-Handelspolitik als Türöffner. Dazu gehört die Umsetzung fairer Handelsabkommen auf Augenhöhe“, sagt IV-Vizepräsident F. Peter Mitterbauer. Und abschließend: „Unsere Industrie und Wirtschaft ist so vielseitig – wir sollten stolz sein und sie fördern, anstatt sie durch unnötige Hindernisse zu behindern.“

Georg Knill, IV-Präsident

„Wettbewerbsfähigkeit durch Erhöhung der Produktivität sichern“

Georg Knill wurde am 6. Juni für eine zweite Amtszeit als Präsident der IV wiedergewählt. Im Interview erklärt er, worauf er in den nächsten vier Jahren den Fokus legen will.

Ihre erste Amtszeit als IV-Präsident war von Herausforderungen geprägt. Von der Corona-Pandemie über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zu hohen Energiepreisen und hoher Inflation – wie ging es Ihnen damit?
Georg Knill: Als ich das Amt 2020 übernahm, waren die Rahmenbedingungen alles andere als gewöhnlich. Krisen wie die Covid-Pandemie waren beispiellos. Bevor eine Krise bewältigt war, kamen neue dazu. Es war aber von Anfang an klar, dass wir alle am selben Strang ziehen müssen, um diese Krisen zu überstehen und wieder gute Rahmenbedingungen in Österreich schaffen zu können. Die Verantwortung dafür lag bei uns allen – von der heimischen Politik über die Unternehmerinnen und Unternehmer bis hin zur österreichischen Bevölkerung. Der lösungsorientierte Ansatz alleine war aber nicht immer zielführend. Die Herausforderungen der letzten vier Jahre waren grenzüberschreitend. Sie haben nicht nur den Standort Österreich, sondern auch Europas Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt. Die hohen Energiepreise haben sowohl die heimische als auch die europäische Industrie besonders hart getroffen. In Zeiten wie diesen muss man den Menschen bewusst machen, dass die Industrie ein wichtiger Partner ist, um den Wohlstand zu erhalten aber auch Innovation, Fortschritt, Klimawandel und Digitalisierung vorantreiben zu können. Darauf haben wir besonders großen Wert gelegt und die Kommunikation in Krisenjahren aus meiner Sicht gut gemeistert. Unser Ziel war und ist es, dass Österreich zu den Besten gehört. Und diesen Pfad werden wir weiterhin entschlossen verfolgen.

Was sind Ihre Ziele für die zweite Amtszeit und welche Herausforderungen sehen Sie auf die Industrie zukommen?
Österreichs Wirtschaft und Industrie müssen wieder wettbewerbsfähig werden. Besonders wichtig ist es, die Kostenseite in Griff zu bekommen, wie beispielsweise durch die Senkung der Lohnstückkosten. Es ist höchste Zeit, auch unbequeme Dinge anzugehen. Eine Pensionsreform und eine Arbeitsmarktreform sind dringend notwendig. Wir müssen über ein degressives Arbeitslosengeld reden. Außerdem muss das Thema Energiediversifizierung in Österreich fokussierter angegangen werden. Die geopolitischen Entwicklungen haben die Energieversorgungssicherheit stark beeinflusst. Um besser auf Krisen vorbereitet zu sein, sollten wir Energiepartnerschaften mit anderen Ländern eingehen. Ich bin auch für die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für einen raschen Ausbau von erneuerbaren Energien. Nur so können wir eine stabile und nachhaltige Energieversorgung sicherstellen. Wir müssen auch weiterhin in die grüne Transformation investieren und die Industrie als Treiber für Klimaschutzziele unterstützen. Unsere Technologien und die Innovationsfähigkeit sind dabei essenzielle Stärken, die wir ausbauen und fördern müssen. Endlich muss auch das Thema Bürokratie angegangen werden, denn es bereitet der Industrie seit vielen Jahren große Kopfschmerzen. Unternehmen werden durch Berichtspflichten stark belastet. Zudem könnten sich die politischen Rahmenbedingungen in Österreich nach den Wahlen ändern. Hierfür müssen wir mit allen Parteien im Dialog bleiben, um eine stabile und planbare Wirtschaftspolitik sicherzustellen.

Welche politischen Maßnahmen würden Österreichs aber auch Europas Stellung im globalen Wettbewerb aus Ihrer Sicht weiterbringen?
Dafür sind gezielte Maßnahmen erforderlich. Zunächst ist ein robuster europäischer Binnenmarkt essenziell. Dies umfasst den Abbau von Handelsbarrieren, die Vereinfachung grenzüberschreitender Dienstleistungen und die Schaffung einer Kapitalmarktunion, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Ebenso entscheidend ist eine aktive Außenwirtschaftspolitik. Der Ausbau von Handelsverträgen und die Stärkung Europas in sicherheitspolitischen Fragen sind wesentlich für den langfristigen Wohlstand. Es ist wichtig, eine Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und umweltpolitischer Verantwortung zu finden. Der Green Deal sollte zu einem Wachstumsdeal weiterentwickelt werden, der die Industrie unterstützt und gleichzeitig ökologische Ziele verfolgt. Um übermäßige Regulierungen und hohe Energiekosten zu reduzieren, bedarf es eines Umdenkens in der EU-Gesetzgebung, mit einem klaren Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit. Ein umfassender, proaktiver Rahmen für eine neue europäische Industriepolitik ist erforderlich. Langfristig kann Europa seine Wettbewerbsfähigkeit nur durch eine Erhöhung der Produktivität sichern. Dies erfordert Investitionen in Forschung, Technologieentwicklung und Innovation. Besonders wichtig ist die strategische Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene, um die technologische Führungsposition Europas zu stärken und die Beteiligung heimischer Unternehmen an EU-Initiativen zu fördern.

Foto: Philipp Horak

ÖGF-Symposium: Forschungsquote auf 4 Prozent erhöhen

Im Haus der Industrie fand das Symposium „Forschungsförderung in Österreich" der Österreichische Forschungsgemeinschaft (ÖFG) in Kooperation mit der Industriellenvereinigung statt.

Nach der Eröffnung durch den Präsidenten der ÖFG und Vizekanzler a. D. Reinhold Mitterlehner und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer sowie wichtigen Impulsen von Bundesminister Martin Kocher (BMAW), Brigitte Ecker (WPZ Research), Henrietta Egerth (FFG), Thomas König (FORWIT-Rat) und Christof Gattringer (FWF) wurde in drei Paneldiskussionen aus den Perspektiven Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu unterschiedlichsten Aspekten des Status quo wie künftigen Handlungserfordernissen in der Österreichischen Forschungsförderung diskutiert.

Wichtige Kernbotschaften waren unter anderem, dass es – gerade vor den Regierungsverhandlungen –ein starkes Miteinander in der FTI-Community (Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung) braucht, um Forschung, Technologie und Innovation (FTI) einen hohen Stellenwert zu geben. Ebenso gilt es, einen klaren Budget-Wachstumspfad zu verfolgen und den Fonds Zukunft Österreich zu sichern sowie auszubauen, um eine Forschungsquote von mindestens vier Prozent bis 2030 zu erreichen.

Auf dem Panel mit Politik und Verwaltung war, neben der Abgeordneten zum Nationalrat Martina Künsberg-Sarre (Neos), Gruppen- und Abteilungsleiter Stefan Riegler (BMAW), Sektionschefin Henriette Spyra (BMK) und Sektionschefin Barbara Weitgruber (BMBWF), die IV durch Bereichsleiterin Isabella Meran-Waldstein vertreten. Sie hob dabei wichtige FTI-Themen wie insbesondere den Standortvorteil FTI-Policy-Mix mit direkter Forschungsförderung und Forschungsprämie sowie thematischen und themenoffenen Maßnahmen, den erforderlichen Steigerungspfad bei den zentralen FTI-Budgets und die weitere Sicherung der Transformationsoffensive und des Fonds Zukunft Österreich hervor.

IV-Bereichsleiterin Isabella Meran-Waldstein am Podium.

WEBTIPP

Weiterführende Informationen:
https://www.oefg.at/event/forschungsfoerderung-in-oesterreich

WU-Lehrveranstaltung über Interessenvertretung im Wirtschaftsrecht

Anfang Mai fand der Kick-off für die an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) erstmalige Lehrveranstaltung über Interessenvertretung und Lobbying im Wirtschaftsrecht statt. Unter der Leitung von IV-Bereichsleiter Alfred Heiter und IV-Syndikus Philip Aumüllner wird in vier Themenblöcken ein breiter Bogen gespannt – von den geschichtlichen Ursprüngen des Lobbyings über Stakeholder- und Issue-Management sowie Government Relations bis hin zu den Techniken des Lobbyings.

Die Studierenden werden damit in die Lage versetzt, eine Corporate Political Strategy anhand eines konkreten Fallbeispiels zu entwickeln und damit einen kompletten Public-Affairs-Zyklus auf nationaler und europäischer Ebene zu durchlaufen. Dabei werden stets ethische Implikationen der Gestaltung politischer Entscheidungen mitgedacht. Zur Betonung der Meinungspluralität in der Interessenvertretung berichteten in der Lehrveranstaltung auch Vertreter anderer Stakeholder und Institutionen als Gastvortragende über ihre Erfahrungen und Ansätze.

IV-Bereichsleiter Alfred Heiter und IV-Syndikus Philip Aumüllner.

MINT-WORKSHOPS FÜR SCHÜLER

Hochbegabte Studierende aus der Ukraine bieten Schülerinnen und Schülern der Oberstufe kostenlos Workshops an:

- 5.–16. August 2024: Discover AI: Machine Learning & Computer Vision (Wien, Ilona Tylevna)
- 19.–30. August 2024: Introduction to AI and Natural Language Processing (Linz, Mykhailo Barabash)
- 19.–30. August 2024: Python Programming with Applications in Astronomy (Wien, Iryna Hontsovska)

Die Workshops sind Teil des mit 6.000 Euro dotierten IV-MINT-Stipendiums für High-Potentials aus der Ukraine. Die Ukrainerinnen und Ukrainer studieren derzeit an der TU Wien, der Uni Wien und der Uni Linz und haben renommierte Wissenschaftswettbewerbe gewonnen.

Anmeldungen sind noch bis Ende Juli möglich, Rückfragen bitte an **highpotentials@iv.at**. Das IV-Stipendium wurde 2023 mit Universitätsprofessor Michael Eichmair initiiert.

Fotos: IV/Matanovic

Aktuelles in Kürze

Spendenbegünstigung für Bildungseinrichtungen

Das Gemeinnützigkeitsgesetz eröffnet neue Wege: Bildungs- und Forschungseinrichtungen profitieren von erweiterten Spendenbegünstigungen.

Vor sechs Monaten trat das neue Gemeinnützigkeitsgesetz in Kraft. Durch die umfassende Ausweitung der Spendenbegünstigung haben nun auch Bildungseinrichtungen, Bildungsinitiativen und -stiftungen Zugang zu diesem Steuervorteil erhalten. Erstmals können sie ihre Zuwendungen steuerlich geltend machen, was längerfristig eine deutliche Steigerung des Spendenaufkommens erwarten lässt. Allein im Bildungsbereich werden zusätzliche Mittel von 50 Mio. Euro pro Jahr dank der Reform erwartet.

Für den gemeinnützigen Stiftungssektor, insbesondere Bildung und Forschung, brachte das Gesetz deutliche Verbesserungen: Zuwendungen können nun über insgesamt zehn Jahre steuerlich gewinnmindernd eingesetzt werden. Zudem ist die bisherige Obergrenze von 500.000 Euro gefallen. Durch das Gemeinnützigkeitspaket wurden optimale Rahmenbedingungen für mehr zivilgesellschaftliches Engagement geschaffen.

Alle Details zum Gemeinnützigkeitsreformgesetz finden Sie im Spendenbericht 2023:
www.fundraising.at/services/#Wissenswertes

Club1031: Transformation durch GreenTech-Innovationen

Ein neues Positionspapier des Club1031 beleuchtet notwendige Schritte für die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit.

Der Club1031 setzt sich seit Beginn 2023 intensiv mit dem Thema Green Tech auseinander. Während dieses Zeitraums wurden Vertreter der Industrie, der Startup-Szene und von NGOs zu den monatlich stattfindenden Clubabenden in das Haus der Industrie eingeladen, um verschiedene Perspektiven und Lösungsansätze zu erörtern. Dabei wurde deutlich, dass die globale Klimakrise nur durch einzelne staatliche Initiativen und Aufrufe zu Veränderung nicht zu meistern sein wird.

Ideologisch geprägte Forderungen nach einem geringeren Wirtschaftswachstum mindern lediglich den Einfluss Europas und liefern damit keinen signifikanten Beitrag zur Problemlösung auf globaler Ebene.

Die Transformation zu einer nachhaltigen Welt und Wirtschaft kann nur durch unternehmerisches Handeln in Form von technischer Innovation in den Bereichen Green Tech und Geschäftsmodellreformen wie neue Modelle der Kreislaufwirtschaft erreicht werden.

Ein Positionspapier stellt die Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse des Club1031 dar.

Erkenntnisse

1. Drei Planeten bis 2040: Eine unhaltbare Entwicklung
Seit 1970 hat sich die Ressourcenverwendung weltweit verdreifacht. Unsere derzeitigen Konsum- und Produktionsmuster sind nicht nachhaltig. Schätzungen zufolge benötigen wir bei keiner Änderung unseres derzeitigen Lebensstils bis 2040 die Ressourcen von drei Planeten.

2. Steigerung der Recyclingquote auf 80 bis 90 Prozent
Ein zentraler Ansatzpunkt zur Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs ist das Recycling. Derzeit liegt die globale Recyclingquote bei nur 25 bis 30 Prozent. Um die nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen sicherzustellen, ist die Steigerung der Recyclingquote auf 80 bis 90 Prozent notwendig. Dies erfordert sowohl technologische Innovationen als auch die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, die eine effiziente und wirtschaftlich tragfähige Kreislaufwirtschaft ermöglichen.

3. Bis 2040 2,1 Trillionen Dollar CapEx-Investment
Die Transformation zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft ist eine gewaltige Aufgabe, die enorme finanzielle Mittel benötigt. Wie aktuelle Berechnungen zeigen, wird bis zum Jahr 2040 ein Kapitalaufwand (CapEx) von rund 2,1 Trillionen Dollar notwendig sein, um die erforderlichen Infrastrukturen und Technologien zu entwickeln und zu implementieren. Angesichts der Höhe dieser Summe ist es international schwer vorstellbar, dass dieser Betrag ausschließlich durch Staaten koordiniert aufgebracht werden kann. Es bedarf signifikanter Impulse aus der Wirtschaft.

4. Innovation im Bereich Green Tech
Die Erreichung dieser Ziele setzt umfassende Innovationen voraus. Technische Weiterentwicklungen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und des Ressourcenschutzes sind ebenso unerlässlich wie neue Geschäftsmodelle. Die Kreislaufwirtschaft bietet hierbei große Chancen. Forschung und Entwicklungen im steirischen Green Tech Valley sowie Unternehmen wie Saubermacher und refurbed zeigen eindrucksvoll, wie technologische Neuerungen und moderne Geschäftsmodelle zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs und zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Unternehmen müssen neue Ansätze entwickeln, um Wertstoffe länger im Wirtschaftskreislauf zu halten und die Abhängigkeit von Primärressourcen zu verringern.

Schlussbemerkung

Abschließend möchten wir auf ein inspirierendes Beispiel hinweisen. Dieses zeigt, dass selbst unter schwierigsten Bedingungen Fortschritte möglich sind. Bei unserem letzten Clubabend legte der stellvertretende ukrainische Energieminister eindrucksvoll dar, wie die Ukraine trotz der Belastungen durch den Krieg ihre grüne Transformation vorantreibt. Der Wille zur Veränderung und der Einsatz moderner Technologien selbst in Krisenzeiten können Früchte tragen. Es liegt an uns allen, diese Beispiele zu nutzen, um weltweit die notwendigen Veränderungen einzuleiten.

WEBTIPP

Mehr Informationen unter: **www.club1031.at**

Gelungenes JI-Sommerwochenende

Mitglieder aus ganz Österreich kamen zur zweiten Auflage des Events nach Zell am See.

Ende Juni verbrachte die Junge Industrie ein gemeinsames Wochenende mit vielseitigem Programm in Salzburg. Den Auftakt machte eine Betriebsbesichtigung bei der Firma Hagleitner, einem Familienunternehmen, das sich in 50 Jahren zum Spezialisten für Hygieneprodukte entwickelt hat. Am Firmensitz in Zell am See wird nicht nur produziert, sondern auch geforscht, entwickelt und in der hauseigenen Akademie angewandt. Einer kurzen Abkühlung im See folgten ein gemeinsames Abendessen sowie ein informeller Ausklang.

Am zweiten Tag stand die sportliche Betätigung im Vordergrund. Die JI-Mitglieder und deren Familien hatten die Möglichkeit, an einer Wanderung teilzunehmen, um die Natur rund um Zell am See genießen zu können. Das Ziel der Wanderung waren die Hochgebirgsstauseen Kaprun, das Herz der österreichischen Wasserkraft. Für besonders motivierte Mitglieder führte die Wanderung weiter auf verschneite Gipfel mit atemberaubender Aussicht. Die malerische Landschaft und frische Bergluft sorgten für eine belebende Erfahrung.

Beim gemeinsamen Abendprogramm sowie dem abschließenden Frühstück hatten die Mitglieder die Möglichkeit, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Fotos: IV/Junge Industrie

DIE WIRTSCHAFT UND DAS KLIMA

Was uns der Umbau des Energiesystems kostet und wer das bezahlt (Spoiler: die Wirtschaft)

Bis 2030 sollen die Emissionen der EU um 55 Prozent gesenkt werden. 20 Jahre später soll sie sogar klimaneutral sein. Dass diese Ziele ambitioniert sind, wussten wir von Anfang an. Was jedoch viel zu wenig bedacht – oder bewusst ignoriert – wurde, sind die Investitionskosten. Laut dem letzten Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Klimaneutralität haben wir 2022 ein Investitionsdefizit von rund 400 Mrd. Euro allein im Energie-, Gebäude- und Verkehrssektor erlebt. Wollen wir das Klimaziel 2030 erreichen, müssten wir unsere Investitionen in diesen Bereichen auf 800 Mrd. Euro pro Jahr verdoppeln.

Woher soll das Geld dafür kommen? Antwort: Es muss erst einmal verdient werden! Als Unternehmerin leuchtet das ein. Aber offensichtlich sehen das nicht alle so, anders ließen sich so manche Gesetzgebungsakte der letzten Jahre nicht erklären. Wenn wir den Wirtschaftsstandort durch überbordende Bürokratie unattraktiv machen und somit laufend an Wirtschaftsleistung verlieren, brauchen wir uns am Ende nicht wundern, wenn kein Geld mehr für die Transformation übrig bleibt. Von einem Wohlstandsverlust ganz zu schweigen. Und das Klima haben wir dann nebenbei auch nicht gerettet.

Die Industrie (und die damit verbundenen Dienstleistungen) trägt maßgeblich zur finanziellen Stärke Europas bei. Durch sie können wir uns die Transformation erst leisten, dafür muss endlich ein Bewusstsein geschaffen werden.

Neben einem sinnvollen Klimafahrplan benötigen wir also dringend einen ebenso durchdachten Wirtschaftsfahrplan. Im besten Fall gehen diese beiden Pläne Hand in Hand.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

V. l. n. r.: Edgar Jermendy, Oliver Zlamal, Sabine Herlitschka, Timo Springer, Claudia Mischensky, Michael Velmeden

Der neue und alte Präsident der IV Kärnten heißt Timo Springer

Timo Springer und sein Präsidium wurden einstimmig für eine weitere Periode gewählt. Das Mandat läuft bis 2027.

Der Vorstand der IV-Kärnten hat den Industriellen Timo Springer (58) für weitere drei Jahre zum Präsidenten gewählt. Springer ist seit 2012 geschäftsführender Gesellschafter und CEO der international tätigen Springer Maschinenfabrik GmbH. Bestätigt wurden in ihren Positionen auch Vizepräsidentin Sabine Herlitschka sowie die Vizepräsidenten Oliver Zlamal und Michael Velmeden. Herlitschka ist Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, Zlamal geschäftsführender Gesellschafter der KMF Maschinenfabriken GmbH und Velmeden geschäftsführender Gesellschafter der cms electronics gmbh. In das Präsidium kooptiert wird der Vorsitzende der Jungen Industrie Kärnten, Edgar Jermendy, Geschäftsführer der Paternioner Maschinenbau GmbH.

Springer bedankte sich im Rahmen der Vollversammlung im Lakeside Park in Klagenfurt für das in ihn gesetzte Vertrauen und die Möglichkeit, die Interessen der Kärntner Industriebetriebe gemeinsam mit seinem Team für eine weitere Periode vertreten zu dürfen. Gerade in aktuell herausfordernden Zeiten sei es wichtig, auf dem aufzubauen, was bisher erreicht wurde, und vehement Dinge voranzutreiben, die den Standort stärken. „Wir werden uns in den kommenden drei Jahren erneut dieser Herausforderung stellen. Zentrale Aufgabe ist die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Kärntner Unternehmen“, so Springer. Denn die hohen Energiekosten, die steigenden Arbeitskosten, der Mangel an Fachkräften und die Überregulierung würden den Industriestandort massiv unter Druck bringen. „Es ist unsere gemeinsame Aufgabe gegenzusteuern. Die Politik muss Themen wie Infrastruktur, Bildung, Innovation und wettbewerbsfähige Energiekosten besser heute als morgen in Angriff nehmen“, sagt Springer.

Springer ist seit 2018 Präsident der IV-Kärnten. Seine berufliche Laufbahn begann der Unternehmer nach dem Jus-Studium in Wien als Rechtsanwalt, bevor er dann in dritter Generation 2001 ins Familienunternehmen einstieg, das er gemeinsam mit seinem Bruder Gero Springer leitet. Das Familienunternehmen mit Hauptsitz in Friesach plant, entwickelt und produziert Maschinen und modernste digitale Lösungen für die holzverarbeitende Industrie. Weltweit werden mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Präsident Timo Springer überreichte der ehemaligen Chefin der BKS Bank Herta Stockbauer als Dankeschön für ihre jahrelange Mitarbeit im Vorstand der IV-Kärnten einen Blumenstrauß.

Welcome on Board

Neu im JI-Vorstand

Die Junge Industrie Kärnten hat ein neues Vorstandsmitglied. Michael Petschnig (RPM Gebäudemonitoring GmbH) wurde in den Vorstand kooptiert. Die IV-Kärnten und die Junge Industrie freuen sich auf die tatkräftige Mitarbeit dieses innovativen, umsetzungsstarken jungen Geistes.

Foto: Helge Bauer

„WIR ARBEITEN ZU WENIG, BESTEUERN LEISTUNG ZU STARK, UND PREISEN UNS AUS DEN MÄRKTEN“

Franz Schellhorn, Leiter der Denkfabrik Agenda Austria, hat im Rahmen der Mitgliederversammlung der IV-Kärnten im Juni beleuchtet, warum Österreichs Wirtschaft schwach wächst – und fünf Punkte genannt, die zu mehr Erfolg führen könnten.

„Österreichs Wirtschaft wächst nicht mehr – was ist passiert?“ Diese Frage hat Franz Schellhorn, der Leiter der Denkfabrik Agenda Austria, bei der Mitgliederversammlung der IV-Kärnten im Lakeside Science & Technology Park gestellt. Ausgangspunkt seiner Keynote im Anschluss an die Wahl von Vorstand und Präsidium der IV-Kärnten war die Tatsache, dass die heimische Wirtschaft mit den aktuell höchsten Lohnstückkosten, der höchsten Inflationsrate Westeuropas, einer sagenhaften Überbürokratisierung sowie niedrigem Realwachstum konfrontiert ist. „Wir haben leider ein Problem. Kein Land in Europa ist in den vergangenen fünf Jahren schwächer gewachsen als Österreich. Interessant: Dänemark hat in derselben Zeit neun Prozent Wachstum hingelegt“, sagt Schellhorn. In der Politik werde das alles leider null diskutiert. Der Hauptgrund aus Sicht des Experten für das Schrumpfen Österreichs: „Wir arbeiten zu wenig.“ Die gesetzliche Arbeitszeit liege zwar seit 1980 bei 40 Stunden, sie habe sich, wenn man in die Betriebe hineinsehe, aber ganz anders entwickelt.

„Der gesamte Beschäftigungszuwachs geht nur auf die Teilzeit“

Was in Österreich besonders auffällt: Seit 1995 gibt es um 30 Prozent mehr Beschäftigte und ein Arbeitsvolumen, das im Verhältnis nur um knapp 15 Prozent gestiegen ist. Außerdem, so Schellhorn, sind seit 1995 keine Vollzeitstellen netto dazugekommen. Österreich habe seither konstant drei Millionen Vollzeitstellen, aber um 1,2 Millionen Einwohner mehr. „Der gesamte Beschäftigungszuwachs geht nur auf die Teilzeit.“

„Wir sind nicht mehr produktiv genug“

Warum ist das schlimm? „Weil wir nicht mehr produktiv genug sind. Die Produktivität in Österreich sinkt seit einiger Zeit, und das außerhalb jeglichen politischen Diskurses. Produktivität ist aber in der langen Frist entscheidend für den Wohlstand einer Bevölkerung, weshalb die Bundesregierung das Thema sofort angehen müsste“, erklärt Schellhorn. Zweites Problem: „Der Staat fördert die Nichtleistung und bestraft die Leistung.“ Österreich habe eine hohe Besteuerung des Faktors Arbeit, ein Steuersystem, das darauf ausgelegt sei, die niedrige Stundenanzahl zu subventionieren und die hohe zu bestrafen. „Der Nettostundenlohn ist mittlerweile in der Teilzeit höher als in der Vollzeit“, resümiert Schellhorn. Und schließlich seien auch die extrem hohen Lohnstückkosten dafür verantwortlich, „dass wir uns selbst aus den Märkten preisen“. Ohne Wachstum lasse sich der Sozialstaat aber nicht mehr finanzieren.

ZUR PERSON

Franz Schellhorn ist seit 2013 Leiter der wirtschaftsliberalen Denkfabrik Agenda Austria. Davor war er ab 1997 als Wirtschaftsredakteur bei der Tageszeitung „Die Presse“ tätig, und hatte ab 2011 außerdem die Funktion des stellvertretenden Chefredakteurs inne. 2009 wurde Schellhorn mit dem Horst-Knapp-Preis ausgezeichnet, der für hervorragende Leistungen im Wirtschaftsjournalismus vergeben wird.

Was also ist zu tun? Schellhorn fasst die Agenda in fünf Punkten zusammen:

1. Wir müssen mehr und länger arbeiten, nicht weniger und kürzer.
2. Wir müssen die Einkommen ab der Mitte kräftig entlasten. Leistung muss sich lohnen.
3. Entlastung geht nur, wenn der Staat die Ausgaben bremst. Vorbild ist die Schweiz.
4. Wir müssen Zuwanderung in die Arbeitsmärkte forcieren.
5. Wir sollten den Freihandel als Geschenk begreifen, nicht als Bedrohung.

Aktuelles in Kürze

Standort-Deklaration trägt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei

Die Wirtschaftsreferentinnen und -referenten der Bundesländer haben im Mai in Kärnten gemeinsam mit Industriellenvereinigung (IV) und Wirtschaftskammer (WKO) eine Standort-Deklaration präsentiert. Mit dieser Deklaration bekennen sich die Bundesländer zu einer standortfreundlichen Ausrichtung der Politik, um den Wirtschaftsstandort insgesamt zu stärken. Gastgeber dieser Konferenz der Wirtschaftsreferentinnen und Wirtschaftsreferenten am Weißensee war der Kärntner Wirtschaftsreferent Sebastian Schuschnig (ÖVP). Als Gastgeber hat er entscheidend zum Gelingen dieser für die Industrie so wichtigen Deklaration beigetragen. „Die Standort-Deklaration der Bundesländer ist ein Schritt in Richtung Festigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“, sagt Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der IV-Kärnten.

Junge Industrie zu Besuch in der Sonnenbranche

Ende Mai besuchte die Junge Industrie Kärnten den Kärntner Solarpionier Sonnenkraft. Das früher unter Kioto firmierende Unternehmen stellt in St. Veit an der Glan Solarpaneele her und beliefert Kunden über den Großhandel insbesondere im DACH-Raum. Geschäftsführer Reinhard Pasterk lud die JI-Mitglieder zum Betriebsbesuch, wenngleich von Anfang an klar war, dass die Produktion in St. Veit derzeit marktbedingt ruht. Deshalb nutzten die rund zwanzig Besucher die Gelegenheit, um hinter die Kulissen der Branche zu schauen und mehr über Solarstrom-Erzeugung und die grüne Energiewende zu erfahren. Pasterk machte keinen Hehl daraus, dass die ganze europäische Branche derzeit in einer schwierigen Lage steckt, auch Sonnenkraft sei davon betroffen. Doch Optimismus und Kampfgeist überwiegen im Team. Man arbeite aktuell überdies am Ausbau des künftigen Sonnenkraft-Campus, an dem Produkte und Produktanwendungen für Kunden, Partner und Interessierte ausgestellt werden sollen.

Foto: Helge Bauer

WIR HABEN EIN STANDORT-PROBLEM

Ursachen für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit sind hausgemacht. Wir müssen jetzt gegensteuern.

Österreich verliert Jahr für Jahr an Wettbewerbsfähigkeit. Das belegt auch das aktuell veröffentlichte IMD World Competitiveness Ranking 2024, in dem wir neuerlich um zwei Plätze, auf Platz 26, zurückgefallen sind. 2007 war Österreich noch auf Platz elf – das sagt sehr viel. Und laut Agenda Austria wächst kein anderes Land innerhalb der EU schwächer als Österreich. Die Ursachen für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit sind hausgemacht und können nicht oft genug kommuniziert werden. Die Arbeits- und Energiekosten sind in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern viel zu hoch. Die Lohnstückkosten liegen deutlich über dem EU-Schnitt. Mit einer absurd hohen Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent sind wir nicht konkurrenzfähig. Und damit besteht die Gefahr der Abwanderung von Unternehmen ins Ausland. Neuinvestitionen passieren vielfach schon ohne großes Aufsehen in Ländern, in welchen die Rahmenbedingungen deutlich attraktiver sind.

Der Fachkräftemangel ist und bleibt ein massives Problem für unsere Unternehmen. Unter anderem, weil wir zur wenig arbeiten, hat Agenda-Chef Franz Schellhorn richtigerweise gesagt. Österreich entwickelt sich zur Teilzeit-Republik. Wir haben mit 30,5 Prozent die zweithöchste Teilzeitquote in der EU. Und auch bei der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit ist viel Luft nach oben. Sie beträgt im Schnitt 37,6 Stunden in Vollzeit, in der Schweiz sind es zum Vergleich 42,5 Stunden. Zahlen, die für sich sprechen. Und wir sind massiv überreguliert. In Österreich herrscht ein wahrer Bürokratiedschungel.

Fazit: Wir müssen die Lohnnebenkosten senken, mehr arbeiten, die qualifizierte Zuwanderung forcieren und die Überregulierung abbauen. Dass wir ein Wahljahr haben, macht es schwieriger, tatsächlich in die Umsetzung dieser Forderungen zu kommen. Die Politik verliert auf der Jagd nach Wählerstimmen oft das Wesentliche aus den Augen. Trotzdem ist es gerade jetzt wichtig, für den Standort Österreich und die Wettbewerbsfähigkeit intensiv weiterzuarbeiten. Denn wenn wir nach der Wahl bei wesentlichen Punkten wieder ganz von vorne beginnen, wird der Wettbewerbszug ganz sicher an Österreich vorbeifahren.

Timo Springer,
Präsident der IV-Kärnten

Standort-Themen und Fußball beim Sommerempfang

Rund 350 Gäste folgten der Einladung der IV-Kärnten zum Sommerempfang im Werzers in Pörtschach am Wörthersee.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Standort-Problematik und später dann das Spiel der österreichischen Fußballmannschaft. Denn der Zufall wollte es so, dass gerade am Abend des Sommerempfangs der IV-Kärnten ein entscheidendes Spiel im Rahmen der diesjährigen EM ausgetragen wurde. „Flexibilität ist ein Thema, das Industrie und Fußball verbindet“, erklärte Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der IV-Kärnten. Weshalb kurzerhand ein Public Viewing für die fußballinteressierten Gäste in das Abendprogramm integriert wurde. Und es sind, wie auch IV-Kärnten-Präsident Timo Springer betonte, „zwei Welten, die ohnehin sehr viel verbindet. Denn sowohl in der Wirtschaft als auch im Fußball geht es um Strategie, Teamarbeit und das Streben nach Erfolg.“

1. Michael Velmeden, Vizepräsident der IV-Kärnten, IV-Kärnten-Präsident Timo Springer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig, Sabine Herlitschka, Vizepräsidentin der Bundes-IV und der IV-Kärnten, Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der IV-Kärnten, Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber (v. l. n. r.).
2. Das Team der IV-Kärnten: Marlene Wedenig, Gilbert Waldner, Astrid Jäger, Claudia Mischensky, Carmen Kilzer-Ounitsch, Wolfgang Pucher, Edeltraud Duller (v. l. n. r.).
3. Rede von IV-Kärnten-Präsident Timo Springer zur Standortthematik.
4. Junge Industrie Kärnten.
5. Arbeitskreis Lehrlingsausbildung: Wolfgang Pucher, Reinhard Pasterk, Martin Reiner (v. l. n. r.).
6. Public Viewing beim Sommerempfang.
7. Zeit zum Netzwerken beim Sommerempfang der IV-Kärnten.
8. Präsident Timo Springer im Gespräch mit Paul und Ina Sommeregger.
9. Timo Springer, Sabine Herlitschka, Andrea Freitag, Claudia Mischensky, Stefan Greimel, Martin Reiner (v. l. n. r.).
10. Team der Treibacher Industrie AG: Stefan Greimel, Tatjana Schaschl, Georg Bouvier, Katharina Kumerschek, Jürgen Eckhart (v. l. n. r.).

Foto: Helge Bauer